

Muster für einen Widerspruch – Amtsangemessene Alimentation 2026

Hinweise zur Verwendung (nicht Bestandteil des Widerspruchs)

Bitte in jedem Falle ausfüllen, insbesondere

- Absender,
- Datum,
- Personalnummer,
- Besoldungsgruppe
- Eigenhändige Unterschrift

Da im Streitfall insbesondere der Nachweis des fristgerechten Eingangs des Widerspruchs wichtig ist, wird dringend angeraten, einen entsprechenden Nachweis des Zugangs sicherzustellen und zu archivieren.

Die Übersendung mit der „normalen Post“ ist in dieser Hinsicht ebenso wie der Versand per Dienstpost oder der bloße Einwurf in den Briefkasten ohne Zeugen sehr problematisch!

Der bereitgestellte Mustertext dient ausschließlich zur Orientierung und als Formulierungsvorschlag. Er stellt keine Rechtsberatung dar und kann eine solche im Einzelfall auch nicht ersetzen. Die Verwendung, Änderung und die fristgerechte Einreichung des Widerspruchs erfolgt eigenverantwortlich. Eine Haftung für Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität kann daher nicht übernommen werden.

Absender:

Datum: _____

An das
Landesamt für Finanzen
– zuständige Bezügestelle Besoldung –
Anschrift laut Bezügemitteilung

Geltendmachung der amtsangemessenen Alimentation/Besoldung
Personal-Nr.: _____

Sehr geehrte Damen und Herren,

die mir aktuell gewährten Bezüge in der Besoldungsgruppe A _____ entsprechen nicht dem Grundsatz der amtsangemessenen Alimentation gemäß Art. 33 Abs.5 GG.

Ich erhebe für das Jahr 2026 und alle folgenden Jahre

Widerspruch

gegen die mir gewährte – verfassungswidrige – Alimentation und begehre die entsprechende Anpassung meiner Besoldung.

Begründung:

Die gesetzlich festgesetzte Besoldung des Freistaates Bayern unterschreitet das verfassungsrechtlich verankerte Alimentationsprinzip (Art. 33 Abs. 5 GG). Das Alimentationsprinzip verpflichtet den Dienstherrn, den Beamten und seine Familie lebenslang angemessen zu alimentieren und ihm nach seinem Dienstrang, nach der mit seinem Amt verbundenen Verantwortung und nach der Bedeutung des Berufsbeamtentums für die Allgemeinheit entsprechend der Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse und des allgemeinen Lebensstandards einen angemessenen Lebensunterhalt zu gewähren. Die Sicherung eines angemessenen Lebensunterhaltes ist daher ein besonders wesentlicher hergebrachter Grundsatz, zu dessen Beachtung der Gesetzgeber verpflichtet ist. Damit begründet Art. 33 Abs. 5 GG ein Individualrecht des Einzelnen gegenüber dem Staat.

Dazu hat das Bundesverfassungsgericht im Nachgang zu seinen grundlegenden und umfassenden Entscheidungen (vgl. BVerfG 2 BvL 6/12 und BVerfG 2 BvL 4/18; 2 BvL 6/17) nochmals in seiner letzten Entscheidung vom 17.09.2025 (2 BvL 5/18) ausdrückliche und verbindliche Festlegungen getroffen und diese konkretisiert. Diesen Vorgaben ist der Besoldungsgesetzgeber in Bayern nach wie vor nicht nachgekommen.

Bei der Prüfung sind insbesondere die gebotene Mindestbesoldung, die Entwicklung der Besoldung im Verhältnis zu den allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnissen sowie das Abstandsgebot zwischen den Besoldungsgruppen zu berücksichtigen. Zu prüfen sind außerdem die Auswirkungen der bayerischen Regelungen zu orts- und

familienbezogenen Besoldungsbestandteilen und eines typisiert berücksichtigten Partnereinkommens.

Ich bitte deshalb um Prüfung meiner Besoldung unter Berücksichtigung meiner persönlichen besoldungsrechtlichen Verhältnisse. Eine abschließende Berechnung möglicher Ansprüche ist mir derzeit nicht möglich. Eine weitergehende Begründung bleibt ausdrücklich vorbehalten.

Ich erkläre mich mit dem Aussetzen des Verfahrens bis zum Abschluss von Parallelverfahren einverstanden, soweit Sie auf die Geltendmachung der Einrede der Verjährung verzichten.

Ich bitte insoweit um eine schriftliche Bestätigung des Einganges dieses Widerspruches sowie um rechtssichere Zusicherung, dass Sie auf die Einrede der Verjährung verzichten und mein Antrag/Widerspruch ruhend gestellt wird.

Mit freundlichen Grüßen

Unterschrift